

Hunderte gefährdete Afghan:innen warten trotz deutscher Aufnahmezusage weiter auf Evakuierung

Menschenleben dürfen nicht an Bürokratie oder politischen Verzögerungen scheitern

Berlin, 19. Mai 2026 – Eine aktuelle Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag zeigt erneut die akut bedrohte Lage afghanischer Schutzsuchender mit einer deutschen Aufnahmezusage. Laut Bundestagsdrucksache 21/5769 warten derzeit weiterhin 873 Personen trotz bereits erteilter Aufnahmezusage auf ihre Evakuierung aus Afghanistan oder Pakistan.

Betroffen sind insbesondere Familien, Frauen und Kinder sowie Personen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit eingesetzt oder mit deutschen Institutionen zusammengearbeitet haben. Viele der Betroffenen leben seit Monaten oder Jahren in ständiger Angst vor Verfolgung und ohne gesicherte Perspektive.

Besonders alarmierend ist die aktuelle Situation in Pakistan. Afghanischen Schutzsuchenden drohen dort weiterhin Festnahmen, Abschiebungen und ein erzwungener Rücktransfer nach Afghanistan. Für viele gefährdete Personen würde dies unmittelbare Gefahr durch die Taliban bedeuten.

Auch unter afghanischen Richterinnen und Richtern mit deutscher Aufnahmezusage befinden sich weiterhin Personen, die trotz akuter Gefährdung auf ihre Ausreise warten. Nach Informationen des Verbands halten sich derzeit noch mindestens zwei ehemalige Richter mit offizieller Aufnahmezusage in Pakistan auf.

Einer der Betroffenen schildert seine Situation wie folgt:

„Als Richter in Afghanistan habe ich jahrelang Taliban-Mitglieder, Terroristen und andere Straftäter verurteilt. Heute sind genau diese Menschen an der Macht. Sie

wissen, wer ich bin, und sie suchen nach mir. Deutschland hat mir eine Aufnahme zugesagt und damit anerkannt, dass mein Leben in akuter Gefahr ist. Trotzdem warte ich weiterhin auf meine Evakuierung. Während die Verfahren stillstehen, lebe ich mit meiner Familie versteckt und in ständiger Angst vor Entdeckung.“

Trotz bereits eingeleiteter Verfahren und erteilter Aufnahmezusagen warten viele Betroffene weiterhin auf Visa und Ausreise. Damit bleiben bestehende Schutzversprechen in der Praxis unerfüllt.

Der Verband afghanischer Organisationen in Deutschland fordert daher:

- die konsequente und vollständige Umsetzung aller bestehenden Aufnahmezusagen,
- die zügige Beschleunigung von Visa- und Ausreiseverfahren,
- den Schutz gefährdeter Afghan:innen vor Abschiebungen aus Pakistan,
- transparente und rechtssichere Verfahren für die Betroffenen,
- sowie die Wahrnehmung der humanitären Verantwortung Deutschlands gegenüber besonders gefährdeten Afghan:innen.

„Schutzversprechen müssen eingelöst werden. Menschenleben dürfen nicht an Bürokratie oder politischen Verzögerungen scheitern“, erklärt der Verband.

Die vollständige Bundestagsdrucksache ist abrufbar unter:

Bundestagsdrucksache 21/5769